

Es gilt das gesprochene Wort!

Grußwort
von Frau Monika Helbig,
Staatssekretärin in der Senatskanzlei des Landes Berlin
anlässlich
der 10. Mitgliederversammlung des
Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement
am 20. November 2009

Sehr geehrter Herr Prof. Olk (Vorsitzender des Sprecherrates)
sehr geehrter Herr Staatssekretär Hoofe (Bundesfamilienministerium),
verehrter Herr Baumeister (Deutsche Bank AG),
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Gelegenheit, heute zu Ihnen sprechen zu können, nehme ich gern wahr und begrüße Sie auch im Namen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin sehr herzlich.

„Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“

Das Credo des Schweizer Schriftstellers Max Frisch ist erfreulicherweise ein Leitmotiv vieler Menschen in Deutschland: Mehr als 24 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich, die genaue Zahl werden wir wissen, wenn der Freiwilligensurvey 2009 demnächst vorliegt.

Wie eine Emnid-Umfrage im Auftrag der Kampagne »Geben gibt.« zeigt, ist die Generation der 30- bis 49-Jährigen besonders aktiv. Diese Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass sie ihr gesellschaftliches Umfeld gestalten und sich in die Gemeinschaft einbringen können.

Im Fokus unserer Bemühungen in Berlin steht auch das Engagement von Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang spielt die Schule eine besondere Rolle. Sie muss im Zentrum der Entwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements stehen und ihr gesellschaftliches Umfeld hierzu einbeziehen.

Die Umfrageergebnisse verdeutlichen, dass unentgeltlicher Einsatz für gute Zwecke in Deutschland etabliert ist. Fest steht aber auch: Die gesellschaftlichen Veränderungen, allen voran der demografische Wandel, fordern die weitere Stärkung des freiwilligen Engagements, denn schon heute würden zahlreiche gesellschaftliche Bereiche ohne den unentgeltlichen Einsatz gar nicht funktionieren. Mindestens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger für unsere Demokratie ist jedoch die Partizipation aller und damit die Gewährleistung eines intakten Gemeinwesens. Damit renne ich bei den hier versammelten offene Türen ein, denn wir alle wissen um die Bedeutung des Engagements für die Gesellschaft.

Ich komme gerade aus Brüssel und habe dort als Mitglied im Ausschuss der Regionen an einer Stellungnahme zum Europäischen Jahr freiwilliger Tätigkeiten zur Förderung der aktiven Bürgerschaft – kurz: Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit, das für 2011 verabredet ist, mitgearbeitet.

Mit diesem Jahr werden 4 Ziele verfolgt:

1. die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen

2. die Stärkung der Freiwilligenorganisationen und die Verbesserung der Qualität von Freiwilligentätigkeiten
3. die Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten und
4. die Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten.

Ich denke an diesen vier Punkten wird deutlich, dass uns alle die Ziele einen: auf europäischer Ebene, auf nationaler sowie regionaler bzw. kommunaler Ebene.

Meine Botschaft heute ist, dass wir bei unseren Planungen jedoch berücksichtigen sollten, dass die Subsidiarität ein Grundprinzip in unserem föderalen System ist. Bei allen Maßnahmen sollten wir also darauf achten, dass wir vorhandene „Pflänzchen nicht tot treten“ um es mal so bildlich zu sagen.

Es ist gut und richtig, dass das Bürgerschaftliche Engagement in das Bewusstsein der Politik rückt, und wir zusammen mit der Zivilgesellschaft definieren, welches die notwendigen Rahmenbedingungen sind.

Und zwar jeder in seiner Rolle und auf seiner Ebene !

Der Bund z.B. kann:

1. Überregulierungen beseitigen und bestehende gesetzliche Hemmnisse, die bürgerschaftliches Engagement erschweren, abbauen wie z.B. durch das Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz bereits geschehen
2. für flächendeckenden Versicherungsschutz sorgen (bisher gibt es hier nur in einigen deutschen Ländern u.a. auch in Berlin solche Regelungen)
3. Transparenz schaffen
4. eine Anerkennungskultur fördern (z.B. durch verbindliche Regeln, dass Engagement bei der Personalauswahl Berücksichtigung findet)
5. Debatten um Engagement und seine Förderung beleben.

Fest steht jedoch – und da werden Sie mir sicher zustimmen -, dass Bundesförderung den kommunalen Strukturen nicht entgegenstehen darf.

Die Förderstrukturen der Länder müssen unterstützt werden und die sich bereits bewährten Wege sollten weiter ausgebaut werden.

Zugleich müssen die Kompetenzen der Länder und Gemeinden gestärkt werden.

Daher ist ein intensiver Dialog mit Akteuren aus der Bürgergesellschaft, mit Ländern, Kommunen und engagementfördernden Unternehmen erforderlich.

Die neuen Regierungsparteien machen in ihrem Koalitionsvertrag unter anderem deutlich, wie wichtig ehrenamtliches Engagement für unsere Gesellschaft ist. Ich begrüße es sehr, dass das vom BBE veranstaltete Nationale Forum für Engagement und Partizipation die Bundesregierung bei der Entwicklung einer ressortübergreifend abgestimmten Engagementstrategie beraten konnte und auch weiterhin beraten wird. Durch das Nationale Forum konnte eine breite engagementpolitische Diskussion angestoßen werden, in der sich zahlreiche (auch wenn nicht alle wichtigen) Akteure zu Wort gemeldet haben.

Ich möchte zum Schluss ein wenig kritisch zu bedenken geben, dass – wie in vielen anderen Politikfeldern auch im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements langfristige Perspektiven gefragt sind: „*Jede Planung in menschlichen Dingen (sollte) nicht in Jahren, sondern in Generationen rechnen.*“ Diese Forderung entstammt nicht einem Wahlprogramm, sondern einem vor vier Jahrzehnten erschienenen Bestseller von Pierre Bertaux¹ *Mutation der Menschheit* (1963). Ich habe in der Vergangenheit bereits mehrfach beobachtet, dass im engagementpolitischen Umfeld wichtige Kontinuität leider zu oft gebrochen wird und Projekte, die sich gerade erst gut entwickelten, wieder enorm eingeschränkt oder gar von der Förderung ausgeschlossen werden.

Ich finde es ist daher ein Fehler, wenn die Unterstützung des freiwilligen Engagements immer neue Modellprojekte erfindet, ohne bereits zu Beginn zu klären, wie ggf. eine Verstetigung organisiert werden kann. Richtig wäre es, das entstandene auf eine gesicherte Finanzierungsbasis zu stellen und damit Kontinuität und Nachhaltigkeit – auch eines unserer gemeinsamen unstrittigen Ziele – zu schaffen. Denn freiwilliges Engagement braucht verlässliche Strukturen. Die Beachtung dieser Erkenntnis, wird langfristig meiner Meinung nach eine erfolgreiche von einer weniger erfolgreichen Engagementstrategie unterscheiden!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche Mitgliederversammlung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

¹ Pierre Bertaux (* 8. Oktober 1907 in Lyon; † 13. August 1986 in Saint-Cloud, Département Hauts-de-Seine) war ein französischer Germanist, Politiker und Geheimdienstfachmann.